

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer der Postauto-Petition

nachdem die Bündner Regierung gemeinsam mit der PostAuto AG unmissverständlich mitgeteilt hat, dass die Wiedereinführung des Billett-Verkaufs beim Postauto-Chauffeur kein Thema sei, habe ich, 78-jährig, parteilos und bis im Dezember 2025 politisch nie aktiv gewesen, heute in Graubünden eine kantonale Volksinitiative lanciert. Diese Initiative mit dem Titel "Barzahlung bei öffentlichen Leistungen (Anti-Diskriminierungsinitiative)", fordert, dass Leistungen und die Inanspruchnahme von Infrastrukturen, die vom Steuerzahler (mit-)finanziert werden, auch mit Bargeld müssen bezahlt werden können – dazu gehören unter anderen der öffentliche Verkehr, öffentliche Toiletten oder öffentliche Parkplätze. Es soll bei öffentlichen Diensten beides möglich sein: die digitale Bezahlung UND die Bezahlung mit Bargeld!

Die Volksinitiative muss auf Papier unterschrieben werden. Die Unterschriftenbogen, welche alle im Kanton Graubünden stimmberechtigte Personen unterschreiben dürfen, sind in allen drei Kantonssprachen zu finden auf [www.bargeld-gr.ch](http://www.bargeld-gr.ch) (für Deutsch), [www.munaida-gr.ch](http://www.munaida-gr.ch) (für Rätoromanisch) und [www.denarocontante-gr.ch](http://www.denarocontante-gr.ch) (für Italienisch). Die Unterschriftenbogen können auch per E-Mail bei [bcaminada@gmx.ch](mailto:bcaminada@gmx.ch) oder telefonisch unter der Nummer 078 745 70 95 bei mir bestellt werden, gerne werden sie auch per Post verschickt.

Ich bin euch sehr dankbar für die Unterstützung der Volksinitiative und für das Weiterleiten dieser Informationen an alle Freunde und Bekannte, die ihr im Kanton Graubünden kennt.

Für mich ist klar: diese Diskriminierung von Menschen, die bei der Digitalisierung nicht nachkommen, darf nicht sein. Zu den Menschen, die diskriminiert werden, gehören:

- **ältere, aber auch jüngere Menschen**, die mit den digitalen Zahlformen wie dem komplizierten Venda-Automaten in den Postautos und Bussen überfordert sind. Regelmässig stürzen zudem ältere Menschen an den Automaten in den Postautos.
- **Menschen mit (geistigen) Beeinträchtigungen**, die nicht digital zahlen können, aber trotzdem nicht ausgeschlossen werden dürfen
- **Kinder**, denen Handy- und Kartenzahlungen nicht zugemutet werden können. Müssen wir Kindern eine EC-Karte oder ein Smartphone geben, damit sie Postauto fahren oder eine öffentliche Toilette benutzen können?
- **Menschen mit Krankheiten, die zu Schmerzen in den Fingern, zu geschwollenen Fingern oder zu Lähmungserscheinungen führen oder mit Zittern einhergehen und die das digitale Bezahlen verunmöglichen**
- **sozial benachteiligte Menschen**, die aus finanziellen Gründen den digitalen Anschluss verpassen

- Menschen, die sich dem Risiko der **Cyber-Kriminalität** nicht aussetzen wollen und darum nicht digital bezahlen wollen.

Einerseits gibt der Kanton Graubünden hohe Millionenbeträge für die Inklusion aus, andererseits grenzt er aber durch seine eigenen Entscheide ganze Menschengruppen vom öffentlichen Leben aus oder erschwert ihnen den Zugang dazu erheblich. Diese Diskriminierung darf nicht sein. Nicht von der Initiative betroffen ist die Privatwirtschaft.

Ihr findet mehr Informationen und das vollständige Argumentarium auf oben erwähnter, dreisprachiger Internetseite.

Ich danke euch im Voraus vielmals für eure Unterstützung.

Herzliche Grüsse

Berta Caminada